

V-2 Für eine risikobewusste Kooperation mit China in Berlin!

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 17.10.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Weitere Anträge

Antragstext

1 Die Volksrepublik China ist Deutschlands wichtigster Handelspartner und ein
2 Wettbewerber. Die Zusammenarbeit mit China ist essentiell für die globalen
3 Bemühungen zur Bekämpfung der Klimakrise. Darüber hinaus existieren zahlreiche
4 Kooperationen zwischen deutschen und chinesischen Hochschulen,
5 außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie Kultureinrichtungen. Für Berlin
6 ist China der zweitgrößte Handelspartner. Das Land Berlin ist seit April 2018
7 mit einer Wirtschaftsvertretung, dem "Business Liaison Desk China" in Peking
8 vertreten und seit 1994 unterhält die Stadt Berlin eine Städtepartnerschaft mit
9 der Stadt Peking. 2024 steht im Zeichen des 30-jährigen Jubiläums dieser
10 Partnerschaft.

11 Gleichzeitig ist China für Deutschland auch systemischer Rivale. In den letzten
12 30 Jahren seit Abschluss der Berliner Partnerschaft mit Beijing wurde die
13 chinesische Innenpolitik immer autoritärer und Chinas Außenpolitik zunehmend
14 aggressiver. Die Volksrepublik richtet ihre Kooperationsbeziehungen so aus, dass
15 sie selbst in strategisch wichtigen Bereichen immer unabhängiger wird, während
16 ihre Partner immer abhängiger von ihr werden. Erzwungener Technologietransfer
17 dient, unter anderem, der Marktverdrängung von wirtschaftlichen Wettbewerbern.
18 Auch lokale Kooperationskanäle in Wirtschaft, Forschung und Kultur werden von
19 der chinesischen Regierung explizit dazu genutzt, um ihre politische Agenda
20 durchzusetzen.

21 Lange haben Naivität und die bewusste Priorisierung von intensiven
22 Handelsbeziehungen die deutsche Chinapolitik dominiert. Eine offizielle
23 Kurskorrektur erfolgte auf Bundesebene erstmalig 2023 mit der China-Strategie
24 der Bundesregierung. Auch auf Landes- und Bezirksebene muss ein risikobewusster,
25 strategischer Umgang mit chinesischen Partnern Einzug halten, um wirtschaftliche
26 und politische Abhängigkeiten zu reduzieren und politische Aktivist*innen in
27 Berlin zu schützen. Sogenannte subnationale Verflechtungen auf landes- und
28 bezirkspolitischer Ebene sind bisher ein politischer blinder Fleck. Dem möchten
29 wir entgegenwirken.

30 **FÜR MENSCHENRECHTE UND DEMOKRATIE EINSTEHEN**

31 Ein weltoffenes, demokratisches Berlin muss bei seiner Kooperation mit China für
32 Menschenrechte einstehen. Der Regierende Bürgermeister und der Berliner Senat
33 dürfen die Menschenrechtsverbrechen der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh)
34 nicht ignorieren. In Berlin kommt es immer wieder zu Fällen von Einschüchterung
35 und Bedrohung von Regimekritiker*innen. Der Schutz von
36 Menschenrechtsverteidiger*innen und Unterstützer*innen der chinesischen
37 Demokratiebewegung muss Priorität haben. Deswegen sollte Berlin bei der
38 Bekämpfung von transnationaler Repression bundesweit eine Vorreiterrolle
39 einnehmen.

- 40 • Der Berliner Senat sollte in seiner Kommunikation zur Städtepartnerschaft
41 mit Peking stets auf die Menschenrechtssituation in China hinweisen. Dies tut
42 z.B. Köln – ebenfalls Partnerstadt von Peking – auf seiner Website.

- 43 • Der Regierende Bürgermeister sollte sich regelmäßig (mind. einmal pro
44 Jahr) und öffentlichkeitswirksam mit NGOs, die sich mit
45 Menschenrechtsfragen zu China beschäftigen, treffen, um sich über die
46 Menschenrechtssituation in Peking/China zu informieren (siehe Köln).

- 47 • Bei Reisen der Senatsspitze nach China sollten China-Expert*innen und
48 Menschenrechts-NGOs vorab informiert und konsultiert werden (siehe Köln).

- 49 • Der Berliner Senat sollte die Staatsschutz-Stelle des LKA oder das
50 Berliner Landesamt für Verfassungsschutz finanziell ausstatten, um Fälle
51 transnationaler Repression besser zu erfassen und zu bekämpfen.

52 Außerdem sollte sich Berlin solidarisch an die Seite derjenigen Länder, Städte
53 und Regionen stellen, die von China außenpolitisch bedroht und deren
54 demokratische Systeme von China destabilisiert werden. Dies betrifft neben den
55 chinesischen Drohgebärden im südchinesischen Meer auch wirtschaftliche
56 Zwangsmaßnahmen gegen Staaten wie Litauen und Australien und den Widerstand
57 Chinas gegen eine Städtepartnerschaft zwischen Prag und Taipei. Insbesondere
58 gilt dies aber für die Destabilisierung des demokratischen Taiwan. Das Land
59 Berlin muss deutlich machen, dass eine Änderung des Status Quo in der Taiwan-
60 Straße nicht gegen den Willen der Menschen in Taiwan erfolgen darf.

- 61 • Der Berliner Senat und das Abgeordnetenhaus sollten den Austausch zu
62 anderen Städten und Regionen suchen, in Deutschland und weltweit, die sich

63 chinesischen Drohungen und Zwangsmaßnahmen ausgesetzt sehen, und sich
64 solidarisch positionieren.

- 65 • Der Berliner Senat, das AGH und die Bezirke sollten im Rahmen der
66 deutschen Ein-China-Politik einen engen Austausch mit Städten, Gemeinden
67 und Landkreisen in Taiwan sowie der taiwanesischen Zivilgesellschaft und
68 Wirtschaft anstreben. Dies beinhaltet den Abschluss neuer Partnerschaften
69 mit Counterparts in Taiwan

70 **WIRTSCHAFTLICHE RISIKEN MINIMIEREN**

71 Die engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Deutschland und Berlin
72 einerseits sowie China andererseits haben in manchen Bereichen zu einseitigen
73 Abhängigkeiten geführt, die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische
74 und gesellschaftliche Risiken bergen. Das wird insbesondere im Automobilsektor
75 oder auch bei Komponenten für die Energiewende wie etwa Batterien, Solarmodulen,
76 Mikrochips und Seltenen Erden deutlich. In einigen Fällen besteht die Gefahr von
77 Technologietransfers, die auch für militärische Zwecke genutzt werden können. Um
78 unsere wirtschaftliche Sicherheit und Resilienz zu stärken, bedarf es deshalb
79 einer klaren Strategie zur Risikominimierung, die nicht allein den Unternehmen
80 überlassen werden darf. Nicht jede Investition in oder Handel mit China ist
81 systemkritisch oder erhöht unsere wirtschaftliche und politische Abhängigkeit.
82 Durchaus sinnvoll ist es jedoch, strategische Bereiche gemeinsam zu
83 identifizieren, die zu einseitigen Abhängigkeiten oder zu einem handfesten
84 Sicherheitsrisiko für Deutschland werden können, insbesondere im Bereich der
85 kritischen Infrastruktur, der Gesundheit oder bei Dual-Use-Gütern. Solche
86 strategischen Abhängigkeiten müssen systematisch abgebaut werden, auch durch
87 eine gezielte Diversifizierung der Berliner Außenhandelsbeziehungen.

- 88 • Ein Sachverständigenrat, der sich aus Expert*innen, Vertreter*innen von
89 Ministerien und Parlament, der Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden
90 zusammensetzt, könnte ein erster Schritt sein, um das Thema breit zu
91 verankern und zu diskutieren und gemeinsam statt gegeneinander einen
92 einheitlichen Umgang zur weiteren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit
93 China zu etablieren.
- 94 • Eine Strategie zur Minimierung des Risikos einseitiger Abhängigkeiten von
95 China muss auch alternative Märkte und Anreize für Unternehmen anbieten.
96 Daher sollte Berlin mittelfristig seine Aktivitäten im Rahmen des "Berlin
97 Business Desk China" zurückfahren und die Kategorisierung von China als
98 eines von zehn Zielländern für die Berliner Akteure der Internationalen
99 Wirtschaftskooperation auf den Prüfstand stellen. Stattdessen sollten das

100 Land Berlin und die Berliner Bezirke Unternehmen gezielt dabei
101 unterstützen, ihre Außenhandelsbeziehungen zu diversifizieren. Dafür
102 sollten relevante Länder u.a. im Indopazifik-Raum als neue Zielländer der
103 Berliner Wirtschaftskooperation definiert werden und neue Business Desks
104 in relevanten Märkten aufgebaut werden.

105 • Um die eigene wirtschaftliche Stärke und Resilienz zu fördern, sind ein
106 attraktives Investitionsklima sowie Innovation und positive
107 Forschungsbedingungen entscheidend. Hier sollte Berlin zeigen, dass es in
108 der Lage ist, wichtige Industrien und Wissenschaftler*innen vor Ort zu
109 halten und zu fördern.

110 • Das Land Berlin sollte seine öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass
111 die genannten strategischen Überlegungen, soziale und ökologische Fragen
112 sowie menschenrechtliche Bedenken berücksichtigt werde. Dies betrifft
113 explizit auch alle Beschaffungen die im Zusammenhang mit der
114 Digitalisierung der Verwaltung stehen.

115 **FORSCHUNG & AUSBILDUNG UNABHÄNGIG HALTEN**

116 China-Expertise wird von der Politik bis hin zu Wirtschaft und Wissenschaft oft
117 beschworen, muss jedoch auch gefördert und strategisch aufgebaut werden. Wir
118 brauchen dazu vor allem junge Menschen, die Chinesisch sprechen, Aufenthalte in
119 China absolvieren, das Land und die Kultur kennen. Dies ist ein wichtiger
120 Beitrag zur kulturellen Verständigung und Annäherung. Gleichzeitig ist
121 unabhängige China-Expertise unabdingbar, um aktuelle Entwicklungen in China zu
122 analysieren und einzuordnen, problematische Trends zu identifizieren und die
123 Politik zu beraten. Die risikobehaftete Beziehung zur Volksrepublik muss so
124 gesteuert werden, dass illegitime Aktivitäten der KPCh erkannt und angegangen
125 werden.

126 • Zu diesem Zweck sind unabhängige China-Forschung, Sprach- und
127 Austauschprogramme erforderlich. Sprachkurse und Austauschprogramme müssen
128 unabhängig von chinesischen Trägern absolviert werden können, um die
129 politische Unabhängigkeit zu gewährleisten.

130 Darüber hinaus unterhalten Berliner Universitäten, Hochschulen und
131 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen Kooperationsprojekte mit Institutionen
132 in China. Diese können dem Gewinn neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse dienen
133 und im beidseitigen Interesse sein. Allerdings nutzt die chinesische Regierung

134 solche Forschungsk Kooperationen auch für Wissenstransfers zu Chinas Gunsten und
135 für technologische Fortschritte in kritischen - auch militärischen - Bereichen.
136 Kooperationen von Berliner Wissenschaftseinrichtungen mit Institutionen in China
137 dürfen nicht zu Technologietransfers in kritischen Bereichen führen.

138 • Forschungseinrichtungen und Hochschulen sollten das finanzielle Ausmaß,
139 das von chinesischer Seite über Kooperationen getragen wird, anonymisiert
140 transparent machen und ins Verhältnis zur Gesamtfinanzierung sowie
141 anderweitiger Drittmittelfinanzierung stellen.

142 • Der Berliner Senat sollte Universitäten bei Kooperationen mit autoritären
143 Regimen wie China zu maximaler Transparenz verpflichten. Sämtliche
144 Kooperationen - mit oder ohne Zahlungsflüssen - sollten anonymisiert
145 zentral erfasst werden.

146 • Der Berliner Senat soll im Dialog mit den Berliner
147 Wissenschaftseinrichtungen und Hochschulen, zentrale beratende Stellen
148 einrichten und bereits bestehende Strukturen festigen, welche potentielle
149 Kooperationen mit autoritären Regimen wie China vor deren Beginn
150 überprüfen - insbesondere in Hinblick auf Dual-Use-Technologien.

151 • Der Berliner Senat sollte außerdem auf Berliner Hochschulen
152 sensibilisieren, ihre bestehenden Kooperationen mit problematischen
153 parteistaatlichen oder staatsnahen Organisationen Chinas zu beenden.

154 • Dazu gehört insbesondere die Rolle des Konfuzius-Instituts an der Freien
155 Universität Berlin. Konfuzius-Institute sind Teil der Einheitsfront-
156 Strategie der Kommunistischen Partei. In der Vergangenheit sind an
157 deutschen Konfuzius-Instituten Fälle von Selbstzensur aufgetreten,
158 kritische Veranstaltungen finden quasi nicht statt. Der Berliner Senat
159 sollte mit der Freien Universität Berlin unter Wahrung der
160 Hochschulautonomie in den Dialog über die Zukunft der Konfuzius-Institute
161 treten.

162 • Der Berliner Senat sollte gemeinsam mit den Berliner Universitäten und
163 Forschungseinrichtungen Strategien zur alternativen Finanzierung des
164 potentiellen Doktorand*innenpools erarbeiten, um Abhängigkeiten vom China
165 Scholarship Council (CSC) auszuschließen. Die Rückkehrpflicht der CSC-
166 Stipendiat*innen nach China ist aufgrund des Technologietransferrisikos
167 (u.a) problematisch. Sie sind vertraglich dazu verpflichtet, der

168 chinesischen Botschaft über ihre Aktivitäten zu berichten. Dies führt zu
169 einem hohen Risiko hinsichtlich des Abflusses von Wissen zu kritischen
170 Technologien sowie Spionage-Aktivitäten für chinesische
171 Sicherheitsbehörden sowie sozialer Kontrolle unter den Stipendiat*innen,
172 die hier eigentlich frei forschen, arbeiten und leben wollen.

173 **SENSIBILISIEREN & EXPERTISE ZUGÄNLICH MACHEN**

174 Kooperationsgeflechte mit China finden sich breitgefächert in Forschung,
175 Wirtschaft und Kultur. An den entsprechenden Stellschrauben bedarf es der
176 weiteren Sensibilisierung von Bezirks- sowie Senatsmitarbeiter*innen im Umgang
177 mit ihren chinesischen Partnern.

- 178 • Mitarbeiter*innen in den Bezirken, im Senat und in Berliner
179 Forschungseinrichtungen sollten hinsichtlich der Zusammenarbeit mit
180 chinesischen Pendants sensibilisiert und geschult werden. Ein sinnvoller
181 Anknüpfungspunkt ist hier die Ausbildung vor dem Antritt des
182 Arbeitsverhältnisses, unter anderem in den Beamtenhochschulen. Wir
183 empfehlen eine solche Sensibilisierung grundsätzlich für den Umgang mit
184 autoritären Staaten.

- 185 • Hierfür ist es wichtig, Best Practices zu sammeln und in entsprechenden
186 Lehrformaten zu vermitteln. Hier bietet sich die Einrichtung eines "China-
187 Desk" als eigenständige Einheit aufgehoben im Senat, aber unabhängig von
188 den einzelnen Senatsverwaltungen an, wo potentielle Fälle der
189 Einflussnahme oder anderweitiger illegitimer Aktivitäten wie
190 Spionageversuche, Propaganda und repressives Verhalten sowie
191 Einschränkungen bei der unabhängigen Veröffentlichung in
192 wissenschaftlichen Publikationen gemeldet werden können.

- 193 • Ein solches China-Desk könnte ebenfalls als Expertisehub für die
194 Verwaltungsmitarbeiter*innen dienen, wo China-Expertise von Sinolog*innen,
195 Politikwissenschaftler*innen, Jurist*innen und
196 Wirtschaftswissenschaftler*innen gebündelt wird. Es sollte für alle
197 Senatsverwaltungen eine Konsultationsempfehlung mit dem China-Desk
198 ausgesprochen werden. Über eine solche Konsultationsempfehlung hinaus
199 sollte das China-Desk anhand einer "Open-Door-Policy" arbeiten - bei
200 Zweifeln sollten Mitarbeiter*innen aus den Bezirken sowie den
201 Senatsverwaltungen explizit angehalten werden, jederzeit an die
202 Expert*innen des Desks heranzutreten. Jene Dienste sollen explizit auch
203 für Vereine und Firmen in Berlin geöffnet werden.

- 204
- 205
- 206
- 207
- 208
- Eine solche dezidierte Stelle sollte Anfragen von chinesischer Seite bündeln, koordinieren und gemeinsam beantworten. Ein Beispiel hierfür ist die Hansestadt Hamburg, wo jede chinesische Anfrage von einer Behörde gesammelt und koordiniert wird, um so sicherzustellen, dass der Hamburger Senat eine einheitliche Antwort gibt.

209

VERNETZUNG ZWISCHEN LÄNDERN UND KOMMUNEN FÖRDERN

210 Die 2023 entwickelte China-Strategie der Bundesregierung war ein großer und
211 wichtiger Schritt auf bundespolitischer Ebene. Ein entscheidender Teil der
212 Umsetzung dieser Strategie hat jedoch auf Landes-, Bezirks- sowie Kommunalebene
213 zu erfolgen. Hier lässt sich leider beobachten, dass ein Mangel an Koordination
214 unter Ländern und Kommunen zu einer risikoerhöhenden Konkurrenzsituationen um
215 chinesische Investitionen und Kooperationsmöglichkeiten führt. Die chinesischen
216 Behörden nutzen dies ganz bewusst, indem Anfragen und Ansuchen an mehrere
217 Landes- und Kommunalbehörden geschickt werden und somit künstlich die
218 Konkurrenzsituation noch angeheizt wird. Dadurch wird gleichzeitig auch das
219 Ausmaß subversiver Aktivitäten oftmals nicht deutlich, da sich Länder, Kommunen,
220 aber auch entsprechende Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Landesebene nicht
221 ausreichend über ihre Erfahrungen austauschen. Aus solchen Erfahrungen lassen
222 sich jedoch Strategien entwickeln. Gerade für kleinere Kommunen, wo es
223 schwieriger ist, dezidierte China-Kompetenz in den eigenen Strukturen zu
224 verankern, ist ein Austausch mit größeren und ressourcenstärkeren Kommunen
225 entscheidend.

- 226
- 227
- 228
- 229
- Wie oben erwähnt, sollte ein neu eingerichtetes China-Desk entsprechende Anfragen aus Bezirken und Senat bündeln. Bis dahin sollten grün-geführte Bezirke mit gutem Beispiel vorangehen und gezielt Erfahrungen austauschen. Hierfür könnten Arbeitsgruppen gebildet werden.

- 230
- 231
- 232
- 233
- 234
- 235
- 236
- 237
- 238
- Berlin sollte als Vorreiter den Austausch unter den Landesregierungen suchen, fördern und an der Systematisierung und Verstetigung in den geeigneten Foren arbeiten. In bestehenden Foren im bundesdeutschen, europäischen und internationalen Kontext sollte Berlin das Thema China immer wieder auf die Tagesordnung bringen und proaktiv eigene Best-Practices und Erfahrungen aus dem Senat und den Bezirken mit anderen Ländern und Kommunen teilen. Berlin sollte explizit auf andere Bundesländer und Kommunen (auch im Ausland) zugehen, die an einer Professionalisierung ihrer Zusammenarbeit mit China arbeiten.

- 239
- 240
- Berlin sollte sich für die Einrichtung eines Kompetenzzentrums analog zum niederländischen „China Knowledge Network“ einsetzen, das die Kommunal-

241 und Städteverwaltungen in ihren Beziehungen zu China unterstützt. Hier
242 könnten man auch auf niederländische Partner*innen zugehen und explizit
243 den Austausch suchen.